

einen neuen Krieg, ja wohl. Sie wollen einen Krieg gegen das Land, das die ökonomischen Voraussetzungen schafft, Kriege unmöglich zu machen. Sie wollen in erster Linie die Sowjetunion, den Kommunismus treffen, um das stärkste Werk der internationalen proletarischen Revolution zu vernichten.

Man braucht sich nur die Entwicklung des Krieges in der Mandchurie anzusehen, um in den einzelnen Phasen dieses Krieges die zunehmenden Provokationen gegen die Sowjetunion zu erkennen. Wir erinnern an die bewußt läugnerischen Meldungen, die die gelamte imperialistische und sozialdemokratische Presse brachte, daß die Sowjetunion den chinesischen Generalen kriegstechnische Hilfe leiste.

Trotz der Versuche, die Sowjetunion in einen Krieg mit Japan zu bringen, hat die Sowjetunion ihre Friedenspolitik in aller Weise fortgesetzt. Nach Ende vorigen Jahres machte die Sowjetunion Japan den Vorschlag des Abschlusses eines Nichtangriffspakts ähnlich der Form, wie er mit einigen Randstaaten abgeschlossen wurde. Japan ist unter nichtsagenden Ausflüchten bis heute diesem Abschluß ausgewichen.

Inzwischen aber versucht der japanische Imperialismus einen Pufferstaat in der Mandchurie und in der äußeren Mongolei zu schaffen und findet dabei die weitgehendste Unterstützung aller imperialistischen Mächte. So versuchen die japanischen Imperialisten durch die Durchführung von Truppentransports auf der Ostchinesischen Eisenbahn erneut die Sowjetunion ganz offensichtlich zu provozieren. Demgegenüber verhält sich die II. Internationale in einer so schamlosen und niederrächtigen Weise, die nicht mehr überboten werden kann. So brachte der „Vorwärts“ die Mitteilung über die Unterredung zwischen Karachan und Hirota unter der Überschrift „Aufland gestattet japanische Truppentransporte“, während die Erklärung Karachans eine ausgeprägte Abwehr der Kriegsprovokationen zum Ausdruck bringt. Noch schmütziger und niedriger ist das Verhalten der französischen Sozialdemokraten. So schrieb am 2. März im „Populaire“

der Agent der französischen Imperialisten Rosenfeld:

„Um Japan die Eroberung der Mandchurie zu erleichtern, haben die Sowjets den japanischen Truppen die Ostchinesische Bahn zur Verfügung gestellt ... die Moskauer bolschewistische Regierung leistet Japan Hilfsdienste ... Moskau hat China im Interesse Japans verraten.“

Jeder Arbeiter wird hier erkennen, daß dies nur Worte eines von den Imperialisten gefälschten Subjekts sein können. Es sind dies die schamlosen Versuche, den Krieg der imperialistischen Räuber gegen China in jeder Weise zu rechtfertigen. Jede einzelne dieser Handlungen dieser imperialistischen Agenten ist identisch mit dem Verhalten der imperialistischen Räuber selbst.

In diesem Zusammenhang wird auch jedem Arbeiter klar, was das zynische Projekt der französischen Imperialisten, das in Genf offen entwickelt haben, nämlich die Bildung einer internationalen Armee des Völkerbundes, darstellt. Sie ist und kann nichts weiter sein als eine internationale Interventionsarmee gegen die Sowjetunion. Nur aus der Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion läßt sich erklären, daß die imperialistischen Räuber bis jetzt noch nicht den Schuldigen an dem Krieg im Fernen Osten „gefunden“ haben. Nur daraus erklärt sich die Tatsache, daß bereits vom „Matin“ vorgeschlagen wird, in Shanghai eine internationale Armee des Völkerbundes einzurichten und die ganze Herrschaftspolitik der II. Internationale wird geträumt durch eine Neukirzung des polnischen „Robotnik“, der schreibt, daß Taricus mit seinem Vorschlag der Bildung einer internationalen Völkerbundarmee in Wirklichkeit eine sozialistische Lösung (!) durchführe.

Doch nicht nur im Fernen Osten, in dem vornehmlich der amerikanische und der französische Imperialismus einen Krieg zwischen Japan und der Sowjetunion, und damit einen Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion zu provozieren versucht, liegen die Gefahren einer Intervention. An den Westgrenzen der Sowjetunion wird der Krieg mit der gleichen Energie vorbereitet. Mit französischem Kapital und unter französischer Führung wird die gesamte Rüstungsindustrie in Polen, Rumänien und Jugoslawien

immer weiter ausgebaut. Mit Hochdruck arbeiten alle vorhandenen Rüstungsbetriebe zur Herstellung von Kriegswaffen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an das Memoranum von Polen und Rumänien an den Völkerbund, in dem erklärt wurde, daß beide Länder wegen der „langgezogenen Grenzen“ nicht in der Lage seien, abzuheben.

So signalisieren uns der Krieg im Fernen Osten sowie die intensivste Vorbereitung der Kriegsrüstung gegen die Sowjetunion an ihrer Westgrenze, wie außerdemlich drohend die Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion geworden ist. Und während die Imperialisten alles unternehmen, die Intervention zu stützen, leisten ihnen die Vertreter der II. Internationale unter den zynischsten und schmücktesten Begründungen in jeder Hinsicht Vorleb und erweisen sich hierbei als die aktivsten Stützen für die Durchführung der Intervention gegen die Sowjetunion.

Mehr denn je sieht darum für die Arbeiterklasse aller Länder der Schutz und die Verteidigung des Vaterlandes der Werktagen, der Sowjetunion, im Vordergrund. Doch diese Verteidigung kann sich nicht mit leeren Phrasen begnügen, sie muß eine wirkliche Verteidigung sein, d. h. die Arbeiterklasse muß dort zum Kampf ansetzen, wo sie die Interventionisten am besten treffen kann. Das ist der Kampf gegen den eigenen Kapitalismus. In dem Maße, in dem die deutsche Arbeiterklasse wirklich ihre Lebensinteressen verteidigt, in dem Maße, in dem sie einen aktiven Kampf gegen den Völkertreib und die Notverordnungspolitik gegen die Regierung Brünning führt und damit die Klassenfeindschaft mit dem eigenen Klassenfeind vertieft, erscheint sie das aktive Eingreifen des deutschen Imperialismus in einen Krieg gegen die Sowjetunion.

Kampf gegen die niederrächtige sozialdemokratische Kriegshecke, Kampf gegen die Notverordnungspolitik und Brünningdiktatur, Kampf gegen jede Kriegslisterei — das ist das Gebot der Stunde für die gesamte deutsche Arbeiterklasse! Das ist die wirksamste Verteidigung der Sowjetunion, für die wir in der Mobilisierung für den revolutionären Arbeitersolidaten Ernst Thälmann unser Ruf erschallen lassen.

# Demonstrationsverbot teilweise aufgehoben

**Gezessi verbietet gleichzeitig KPD-Plakate, den Trauerzug für den Genossen Büder und Rote-Sportler-Demonstration — Del Polizeipräfekt droht mit Schließung der roten Wahllokale — Abgelaufenes Spiel mit der „Eisernen Front“**

Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Justizminister Seevering gestern folgende Anordnung, das Umzugs- und Versammlungsverbot unter freiem Himmel betreffend, erlassen:

„Zum Hinblick auf die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten ermächtige ich die Regierungspräsidenten, in Berlin den Polizeipräfekten, in Übereinstimmung mit meiner Anordnung vom 21. Oktober 1932 — Preußische Gesetzesammlung Seite 225 —, auch für politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge bis zum 12. März 1932 Annahmen zu zulassen, sofern der Friedliche und ungefährte Ablauf des Versammlungsgemäßes sich erachtet und sonstige Bedenken gegen die Ablösung der Veranstaltung der Versammlung nicht bestehen. Weitere gleichzeitige Veranstaltungen verschiedener Organisationen am gleichen Ort sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Veranstaltungen sich räumlich in seiner Weise berühren.“

★

Gleichzeitig mit dieser Teilaufhebung des Demonstrationsverbots wird eine Meldung veröffentlicht, wonach die „Eisernen Front“ am morgigen Sonntag in allen Städten Deutschlands, in Berlin im Lustgarten, Versammlungen unter freiem Himmel „für Hindenburg“ veranstaltet. Man sieht, wie ausgezeichnete die Verbindungen zwischen Herrn Seevering und der „Eisernen Front“ sind, die in dem Augenblick, wo die Proletarier die Aufhebung des Verbots erst erfahren, schon ihre Demonstrationen ansehen und veröffentlichen können. Man sieht, zu welchem Zweck das Demonstrationsverbot aufgehoben worden ist.

Und wer den neuen Seeveringerlaß aufmerksam durchliest, der erkennt sofort die Fasch und Fügungen für die kommunistischen Demonstrationen. Man wird sie nur allzugehn verbieten und sich dabei auf die furchtbartige Formulierung des Seeveringerlasses (Gewährleistung des „friedlichen und ungestörten“ Ablaufs und „sonstige Bedenken“) stützen.

Im selben Augenblick, wo Herrn Wels zu seiner morgigen Hindenburgrede im Lustgarten die Stroh freigegeben ist, hat Gezessi das Trauergeläut für den von der Polizei willkürlich erschossenen Arbeiter Büder verboten, läßt er den schuldigen Polizeibeamten, der einen unbewaffneten Menschen erschoss, im Dienst.

Im selben Augenblick hat SPD-Gezessi gestern das rote Thälmann-Wahlplakat der Kommunistischen Partei, das

seit zwei Tagen mit polizeilicher Genehmigung an den Plakatsäulen hängt, verboten und überleben lassen. Es ist das Plakat, in dem die Aufnahme der Nazis in die Reichswehr durch Groener mit SPD-Hilfe illustriert ist.

Im selben Augenblick erklärt SPD-Gezessi eine Mitteilung über die „Auswüchse der Wahlpropaganda der rechts- und linksradikalen Parteien“ und defteriert:

„Schalllokale und sonstige Räumlichkeiten, die Sammelstätten für die Verantwortlichen der „Wahlpropaganda“ sind, werde ich hinfest für die Wahlzeit politisch schließen.“

Der sozialdemokratische Polizeipräfekt kündigt damit einen Generalschlag gegen die roten Wahlhelferlokale an. Die bereits begonnene Schließung der Arbeiterlokale soll im Großen fortgesetzt werden, zur Freude der Nazis, deren Kasernen generell zu schließen, Gezessi weiß von sich weiß.

Die Hindenburgfront darf auf die Straße. Aber die roten Sportler, die zum 8. März eine Demonstration angemeldet hatten, — ihnen wird verboten, auf der Straße für Thälmann zu marschieren. Der Generalsmarschall hält gestern, wie früher der Kaiser, mit den Unteroffizieren eine große Militärparade in der Demonstration ab. Morgen werden die Hindenburgler marschieren. Wir aber dürfen unserem toten Genossen Büder nicht das letzte Ehrengelcht geben.

Unsere Propaganda für den roten Arbeiterkandidaten ist eine Propaganda in Fesseln, eine Agitation in Ketten, eine Werbung, die auf Schritt und Tritt in geradezu unerhörter Weise behindert ist.

Der Kaiserproßling und Nazipring August Wilhelm hat gestern in einer Breslauer Naziveranstaltung erläutert: „Die Schlacht zwischen beiden, die „Heil Hitler“ rufen, und denen, die „Heil Moskau“ rufen, muß ausgelöscht werden.“ In diesen Kampf greift, wie man sieht, der Sozialdemokrat Gezessi mit allen Kräften ein. Seine Verbindung mit der kommunistischen Bewegung besteht nur in Verboden, deren Führer Hitler ist.

Aber das alles wird auch eine gute Konsequenz haben, weil die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter eine heilsame Lehre darüber erfahren, wer wirklich die Politik des Faschismus und das Spiel der Hakenkreuzler treibt: es sind die sozialdemokratischen Führer.

Und wir zweifeln nicht, wenn in der nächsten Woche die rote Einheitsfront ihren Riesenmarsch in den Straßen Berlins für die Wahl Thälmanns durchführt, dann werden links und rechts von uns in den Reihen der revolutionären Demonstranten die besten sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen mitmarschieren.

## Achtung! Roter Aufmarsch im Lustgarten!

**Die KPD ruft zu einem Riesenmarsch der roten Einheitsfront für den Arbeiterkandidaten Thälmann.**

**Zeigt, daß die Kraft des roten Berlins in der Zeit der Demonstrationsverbote der „Eisernen Front“ sich verdoppelt hat! Macht mobil! Tag und Zeit werden morgen bekanntgegeben.**



## Berliner Jungarbeiter demonstrieren

Gegen Groener-Erlaß und imperialistische Kriegsverbrecher

Wie uns mitgeteilt wird, demonstrierten gestern abend gegen 6.30 Uhr etwa 4 000 bis 5 000 Jungarbeiter in der Brunnenstraße (Ecke Invalidenstraße) bis zum Rosenthaler Platz. Die Jungarbeiter marschierten in Wiederholung mit dem Gesang der „Internationale“. Proteste gegen den Groener-Erlaß und die imperialistischen Kriegsverbrecher und Hochrufe auf die rote Einheitsfront und den Arbeiterkandidaten Thälmann erschallten.

Am Rosenthaler Platz löste sich der Zug auf, bevor die Schupo, die mit schwere bewaffneten Pistolen in der Hand standen, eingingen konnten. Kleinere Demonstrationen bildeten sich später in der Chausseestraße, wo die Polizei mit dem Gummistößel gegen die zahlreichen Passanten vorging.